

## EINWOHNERRAT

### PROTOKOLL

der 9. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

---

Sitzungsdatum: 16. März 2005  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.15 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Dr. Ivo Corvini, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident  
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin  
Roman Meury  
Bea Fuchs  
Paul Schüpbach  
Arnold Julier  
Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter  
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste:  
Entschuldigt: Claudia Piatti  
Nicolas Meier  
Basil Kröpfli  
Iris Zihlmann  
Beat Meyer-Zehnder

Abwesend:

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 27.10.2004 betreffend Räumlichkeiten für Vereinsarbeiten (Postulat von Peter Humbel/J.J. Winter, SP-EVP-Fraktion, vom 19.11.2003) Geschäft 3483 A
2. Bericht des Gemeinderates vom 10.11.2004 und der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 20.01.2005 betreffend Bewilligung eines Verpflichtungskredites in der Höhe von CHF 4'500'000.-- inkl. MWST für die Erstellung der "Sportanlage im Brüel" am Hegenheimermattweg (Parzelle A 127) Geschäft 3558/A

3. Bericht des Gemeinderates vom 09.06.2004 und der Kommission für Verkehrs- und Raumplanung vom 29.11.2004 betreffend Revision Zonenreglement und Zonenplan "Dorfkern"  
2. Lesung Geschäft 2145 A/B
  
4. Bericht des Gemeinderates vom 10.03.2004 und Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente vom 25.02.2005 betr. Teilrevision des Personal- und Besoldungsreglements (Motion 3435 vom 29.04.2003, von Eugen Neeser, FDP-Fraktion)  
1. Lesung Geschäft 3435  
A/B
  
5. Interpellation von Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion und Peter Hauser, SVP-Fraktion, vom 15.09.2004 betreffend Wasserqualität im Mühlebach und schriftliche Beantwortung des GR vom 12.01.2005 Geschäft 3553/A
  
6. Bericht des Gemeinderates vom 23.02.2005 betreffend 3xjährliche Überprüfung der Wasserqualität im Mühlebach (Postulat 3412 v. Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion) Geschäft 3412 A
  
7. Bericht des Gemeinderates vom ..... betreffend Mittelfristige Nutzung des Wegmatten-I-Areals (Postulat 3495 v. Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion) Geschäft 3495 A
  
8. Motion von Bruno Steiger, SD-Fraktion, vom 17.11.2004 betreffend "Sofortige Aufhebung der Partnerschaft Blaj/RO" Geschäft 3584
  
9. Motion von Peter von Arx, SVP-Fraktion, vom 19.01.2005 betreffend "Geringfügige Entgelte aus Nebenerwerb, Art. 8<sup>bis</sup> AHV/IV" Geschäft 3586
  
10. Interpellation von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, vom 15.09.2004 betreffend Wasserbecken im Friedhofareal Geschäft 3550
  
11. Interpellation von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, vom 15.09.2004 betreffend Hochwasserschutz Dorf Geschäft 3554
  
12. Interpellation von Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, vom 15.09.2004 betreffend Hochwasserschutz im Mühlitäl Geschäft 3552

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates

---

### Der Protokollführer

.....  
Andreas Weis

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 9 vom 16.03.2005**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des  
Einwohnerrates Allschwil**

Dr. Ivo Corvini

---

---

## Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

**Dr. Ivo Corvini**, Präsident, begrüsst die Anwesenden und entschuldigt sich für die kurze Verspätung seines Erscheinens.

### Traktandenliste

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, beantragt das Traktandum 9, Geschäft 3585, Motion betreffend International School (ISB) in Allschwil, vom 16.12.2004, abzusetzen. Aufgrund der aktuellen Situation, wie sie in den Medien zu vernehmen ist, nämlich dass die ISB einen Standort näher bei Reinach suche, zieht er seine Motion zurück.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, möchte die schriftlich beantragte Ersatzwahl eines Stimmzählers in die Traktandenliste aufgenommen haben.

**Dr. Ivo Corvini**, Präsident, teilt mit, dass der schriftliche Antrag zunächst ordentlich traktandiert werden müsse. Zunächst müsse das Geschäft ordentlich in das Geschäftsverzeichnis aufgenommen werden und werde voraussichtlich an der April-Sitzung traktandiert werden. Die Demission von Peter von Arx, SVP-Fraktion, sei erst nach der letzten Bürositzung erfolgt. Heute werde Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, als Ersatzstimmzählerin walten. Demnach habe sich der Antrag von Josua Studer, SVP-Fraktion, erledigt.

### Neue parlamentarische Vorstösse

- keine -

### Rücktritte aus dem Parlament / Neue Parlamentsmitglieder

Mit Schreiben vom 10.03.2005 hat **Claudia Piatti**, SVP-Fraktion, ihren Rücktritt per Ende März 2005 aus dem Einwohnerrat bekannt gegeben. Der Präsident verdankt ihre Mitarbeit und wünscht ihr im Namen des Einwohnerrates alles Gute für die Zukunft.

**Peter von Arx**, SVP-Fraktion, hat mit Schreiben vom 28.02.2005 seine Demission per sofort als Stimmzähler bekannt gegeben.

### Weiteres

**Dr. Ivo Corvini**, Präsident, weist auf den an alle Einwohnerratsmitglieder verteilten Merkzettel hin. Im Juni 2005 wird die Sitzung auf zwei Sitzungstage verteilt abgehalten. Am Dienstag, 21. Juni beginnt die Sitzung (18.00 bis 21.00 Uhr) und wird am Mittwoch 22. Juni 2005 fortgeführt. Da es sich formell um eine einzige Sitzung handle, werde es auch nur eine Traktandenliste geben.

60      11.220      Liegenschaften; Betrieblicher Unterhalt

### **1. Bericht des Gemeinderates vom 27.10.2004 betreffend Räumlichkeiten für Vereinsarbeiten (Postulat von Peter Humbel/J.J. Winter, SP-EVP-Fraktion, vom 19.11.2003) Geschäft 3483 A**

---

**Peter Humbel**, SP/EVP-Fraktion, erklärt, dass er als Postulant von der Antwort des Gemeinderates nicht zufrieden sei. Der Gemeinderat widerspreche sich in seiner Antwort. Zum einen halte er fest, dass es durchaus geeignete Räumlichkeiten im Gemeindezentrum gebe, zum anderen die Vereine aber ihre Aktivitäten in ihren eigenen Räumen durchführen sollten und die Räumlichkeiten im Gemeindezentrum aus Sicherheitsgründen nicht geeignet seien. Die Postulanten fragen sich daher, ob ein Vereinsgremium ein grösseres Sicherheitsrisiko darstelle als die Gemeindebehörden, welche ständig im Gemeindezentrum tagen würden. Sensible

Daten könnten gesichert werden, Öffnungszeiten bis 22.00 Uhr seien kein Hindernisgrund, das Problem der Konsumation in den Gemeinderäumen sei ebenfalls nicht nachvollziehbar, da die Postulanten dies gar nicht erwähnt gehabt hätten. Aufgrund dieser Widersprüche sei es angebracht, dass der Gemeinderat sich erneut Gedanken über dieses Postulat mache. Fraglich sei auch, ob bekannt sei, dass sich interessierte Vereine an den Liegenschaftsdienst der Verwaltung wenden müssten.

**Peter Humbel**, SP/EVP-Fraktion, stellt in diesem Sinne einen neuen Antrag anstelle der Anträge des Gemeinderates:

Antrag:

1. (neu) Nach nochmaliger Überprüfung der Sachlage informiert der Gemeinderat schriftlich die IG Vereine sowie die politischen Parteien, unter welchen Voraussetzungen er bereit ist, geeignete Sitzungszimmer im Gemeindezentrum zur Verfügung zu stellen. Zudem teilt er den Vereinen und den politischen Parteien die nötigen Kontaktadressen mit.

**Roman Meury**, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, bekräftigt die Tatsache, dass ein Mangel an Räumlichkeiten bestehe. Im Bericht habe man zwar dargelegt, dass es prinzipiell Räumlichkeiten gebe, aber übergeordnete Interessen eine Verwendung durch die Vereine ausschliesse. Es sei nicht Absicht gewesen, Vereine gegen Kommissionen oder Gemeindebehörden auszuspielen. Weiter würde eine Verwendung der Räumlichkeiten ausserhalb der Öffnungszeiten weiteren Personalaufwand (Kontrollgänge, Sicherheitskonzept, etc.) benötigen. Der Einwohnerrat habe jedoch einen Personalstopp beschlossen, weshalb hierfür keine Kapazitäten mehr vorhanden seien.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, betont nochmals, dass allein darum gehe, Räumlichkeiten für Sitzungen der Vereinsorgane anzubieten. Die Schützenstube sei keine echte Alternative, auch der FC Allschwil habe seine Lokalitäten angeboten. Aber es gehe den Postulanten konkret um den Raum 013 im Erdgeschoss des Gemeindezentrums. Hier würden selbstverständlich auch die vom Gemeinderat vorgegebenen Zeiten respektiert werden. Der Raum enthalte wohl kaum sicherheitsrelevante Unterlagen oder Daten. Das Seniorencafé im Gebäude Baslerstrasse 255 stehe zwar im Verantwortungsbereich des Seniorencafés, aber es gebe doch sicher eine Vereinbarung zwischen dem Seniorencafé und der Verwaltung für eine gelegentliche anderweitige Nutzung. Weiter gebe es auch das Magazin der Feuerwehr, welches man nutzen könne. Die Anträge des Gemeinderates würden sich gegenseitig widersprechen (Antrag 1 und 2). Er wünscht sich vom Gemeinderat ein Signal an die Vereine, dass grundsätzlich Möglichkeiten für die Nutzung von gemeindeeigenen Räumlichkeiten bestünden, es müsse nicht ausschliesslich das Gemeindezentrum sein (z.B. auch im Alterzentrum).

Für **Bruno Steiger**, SD-Fraktion, ist die Antwort des Gemeinderates ausreichend. Die Gemeinde komme den Vereinen grundsätzlich entgegen. Sie zeige auch entsprechende Alternativen auf. Grundsätzlich stellt er auch in Frage, ob die Gemeinde alles gratis zur Verfügung stellen müsse. Hier sei auch die Eigenleistung der Vereine gefragt. Seine Fraktion könne dem Bericht des Gemeinderates und seinen Anträgen folgen.

**Peter Humbel**, SP/EVP-Fraktion, erwartet nicht ein Gratisangebot der Gemeinde. Ausserdem gehe es hauptsächlich um Ausweichangebote im Falle von "Engpässen" des räumlichen Angebots, wenn z.B. viele Vereine gleichzeitig Veranstaltungen abhalten wollten.

Es wird der Antrag der Postulanten denjenigen des Gemeinderates gegenübergestellt:

://:

Es **obsiegen** die Anträge des Gemeinderates mit **18:16 Stimmen**.

://:

Den Anträgen des Gemeinderates wird wie folgt zugestimmt:

1. Vereine, die der IG Vereine Allschwil-Schönenbuch angehören sowie Allschwiler Parteien können grundsätzlich gemeindeeigene Lokalitäten für die Durchführung von Vorstandssitzungen benützen, wird **mit grossem Mehr zugestimmt**.
2. In Lokalitäten, in denen vertrauliche Daten vorhanden sind (beispielsweise das Gemeindezentrum) ist eine Benützung durch Vereine und Parteien nicht möglich, wird mit **19:16 Stimmen zugestimmt**.
3. Das Postulat Nr. 3483 wird als erledigt abgeschrieben, wird mit **19:16 Stimmen gutgeheissen**.

61 11.140 Gemeindeprojekte

**2. Bericht des Gemeinderates vom 10.11.2004 und der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 20.01.2005 betreffend Bewilligung eines Verpflichtungskredites in der Höhe von CHF 4'500'000.-- inkl. MWST für die Erstellung der "Sportanlage im Brüel" am Hegenheimermattweg (Parzelle A 127) Geschäft 3558/A**

---

**Dr. Guido Beretta**, Kommissionspräsident, teilt mit, dass der Hauptabteilungsleiter Hochbau/Raumplanung, eine kurze Einführung in das Geschäft geben wird.

**Walter Stammbach**, Hauptabteilungsleiter Hochbau/Raumplanung, erläutert den Bericht des Gemeinderates anhand einiger visueller Darstellungen (Overhead-Folien). Der hier zur Diskussion stehende Sportplatz sei Teil des Entwicklungskonzepts "Zentrum 2000plus", welcher vor Jahren durch den Einwohnerrat verabschiedet worden sei. Der Planungswettbewerb sei schliesslich im Jahre 2003 durchgeführt worden. Es folgten einige Anpassungen im Jahr 2004. Das Siegerprojekt der Fa. CoverConcept sei dann weiterverfolgt worden. Es beinhalte ein Naturrasenfeld (Format bis Nationalliga B) und ein Kunstrasenfeld. Der FC Allschwil werde das Vereinslokal in Eigenregie erstellen. Ein Teil der Tribünen sei überdacht. Das Gebäude sei ein reiner Zweckbau mit Duschen, Garderoben, Schiedsrichterräumlichkeiten, einem Büro etc. Der Kunstrasen sei von moderner Struktur ("III. Generation"). Er sei wie ein Naturrasen beispielbar. Der Pflegeaufwand sei relativ niedrig. Der Vorteil sei, dass er 365 Tage im Jahr beispielbar sei (Schneeräumung möglich). Die Kosten seien unter Berücksichtigung der Eigenleistung des FC Allschwil ermittelt worden. Nach dem Beschluss des Einwohnerrates sei die Volksabstimmung für den Juni 2005 geplant. Die Inbetriebnahme könne dann ca. im September 2006 erfolgen.

**Dr. Guido Beretta**, Kommissionspräsident, fasst den Bericht der Verkehrs- und Planungskommission zusammen. Abgeklärt worden sei der dringende Bedarf einer neuen Sportanlage. Diese solle dem Allschwiler Sport dienen (Schulsport, Feldhandball, Faustball, etc.), nicht ausschliesslich dem FC Allschwil. Die VPK halte die Lösung zweier Spielfelder, eines davon mit Kunstrasen, für sehr sinnvoll. Die Finanzierung der Sportanlage sei gut durchdacht. Man habe der VPK glaubhaft versichert, dass man das Kostencontrolling im Griff habe. Die VPK könne mit Begeisterung und einstimmig hinter den Anträgen des Gemeinderates stehen, um dem Allschwiler Sport gute Voraussetzungen bieten zu können.

**Roman Meury**, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, betont nochmals, dass die Anlage allen Interessierten offen stehen werde. Es sei keine ausschliessliche Nutzung durch den FC Allschwil vorgesehen. Der FC Allschwil betreue aber in sehr lobenswerter Weise weit über 300 Jugendliche wöchentlich, dies sei auch ein wichtiger zu berücksichtigender Fakt. Es sei auch klar, dass sowohl der Sportplatz "Rotgrund" und der "Elefantenacker" in keiner Weise mehr den Bedürfnissen entspreche. Der Studienwettbewerb habe allgemein sehr interessante

Projekte hervorgebracht. Das Siegerprojekt habe aber letztlich klar überzeugt. Es habe alle Bedingungen in optimaler Art und Weise berücksichtigt. Hinzu komme die klare und einfache Architektur der Anlage. Ausserdem habe das Siegerprojekt als einziges die Möglichkeit zweier Spielfelder realisiert. Die Probleme der Kostenermittlung seien mittlerweile beseitigt worden. Das jetzige Projekt beinhalte eine spezielle Kostenaufteilung. Der Gemeinderat begrüsse, dass es damit möglich geworden sei, zwischen der notwendigen öffentlich bereitzustellenden Infrastruktur und den reinen Vereinsräumlichkeiten zu trennen. Die Details der Schnittstellen müssten noch vertraglich geregelt werden. Weiter sei anzumerken, dass die Frage der kantonalen Subvention noch nicht geregelt sei. Sollte die Subvention gesprochen werden können, so reduziere sich der Aufwand der Gemeinde erheblich, nämlich um ca. CHF 430'000.-. Ausserdem müsse auch der von der UBS zu leistende Infrastrukturbeitrag von CHF 1'614'000.-- von der Gesamtsumme abgezogen werden. Damit bleibe letztlich ein effektiver Betrag von ca. CHF 2'886'000.-- für die Gemeinde übrig. Er hoffe auf die Zustimmung des Einwohnerrates zu diesem notwendigen Projekt.

## EINTRETENSDEBATTE

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, hält es namens seiner Fraktion für wichtig, dass ansprechende und praktikable Sportanlagen in einer Gemeinde existieren. Die Sportanlagen würden eine wichtige soziale Funktion erfüllen. Seine Fraktion sei eindeutig der Meinung, dass mit der bestehenden Infrastruktur die Ansprüche der Einwohnerrinnen und Einwohner nicht mehr befriedigt werden könnten. Sportanlagen würden darüber hinaus auch gesundheitlich-präventive Funktionen erfüllen. Die Sportanlagen würden nicht nur von den Jugendlichen benötigt und beansprucht, sondern stellten letztlich für alle Altersgruppen einen sozialen, kulturellen und gesundheitsfördernden Treffpunkt dar. Mit der geplanten neuen Anlage würde nicht nur der Fussball gefördert, sondern alle Rasensportarten. Die Mehrkosten für das Kunstrasenfeld seien in jedem Fall gerechtfertigt, das Kosten-Nutzen-Verhältnis sei hervorragend. Ebenso seien die Gebäulichkeiten am Ort der Spielfelder unbedingt notwendig. Mit dem vorgelegten Konzept müssten die Sportlerinnen und Sportler nicht mehr entlang stark befahrener Strassen zu ihren Umkleide- und Duschräumlichkeiten laufen. Dies sei auch ein wichtiger Sicherheitsaspekt. Die neue Sportanlage werde umfassend positiv beurteilt. Seine Fraktion sei für EINTRETEN. Eine Frage stelle sich dennoch für seine Fraktion: Es sei sehr ehrenvoll, dass der FC Allschwil sich für den Aufbau des Vereinslokals engagiere und dieses in Eigenleistung erstellen wolle. Aber ein gemeinderätliches Gesamtkonzept mit Lokalitäten wäre ebenso auf Zustimmung gestossen. Seiner Meinung nach sei ein Vereinslokal ein wichtiger Treffpunkt für die Familien der Sportlerinnen und Sportler und würde daher auch eine wichtige soziale Funktion erfüllen. In jedem Fall hoffe er, dass sich genügend Interessierte finden werden, welche den FC Allschwil in seinem tollen Vorhaben unterstützen werden. Seine Fraktion werde auch den notwendigen Support im Rahmen ihre Parteiarbeit beisteuern.

**Felix Keller**, CVP-Fraktion, freut es, dass man sich im Einwohnerrat diesmal über positive Belange der Jugend kümmere. Er betont, dass im Vorfeld immer wieder vom FC Allschwil geredet worden sei. Letztlich repräsentiere der FC Allschwil einen nicht unwesentlichen Teil der Allschwiler Bevölkerung, neben den Sportlerinnen und Sportlern auch deren Familien und Bekannten. Damit seien die grossen Nutzniesser der Sportanlage ein grosser Teil der Allschwiler Bevölkerung sowie die Schulen der Gemeinde. Auch dem Kunstrasen könne man sehr gut zustimmen. Durch die unbegrenzte Nutzung des Kunstrasenfeldes könnten die Naturrasenfelder auch zwischendurch entlastet werden. Die Kosten des Projekts seien tragbar. Neben den Subventionen und dem Infrastrukturbeitrag sei auch der Beitrag des FC Allschwil von ca. CHF 300'000.-- von der Bruttokreditsumme abzuziehen. Ausserdem würde der FC Allschwil zusätzlich noch ca. 21'000 Stunden pro Jahr an ehrenamtlicher Jugend-Arbeitsleistung erbringen. Dies entspräche jährlich ca. CHF 500'000.--. Verkehrstechnisch sei der Platz ebenfalls sehr gut gelegen. Er hoffe, dass in Zukunft eventuell eine Haltestelle beim Sportplatz auch am Sonntag zusätzlich bedient werde. Die CVP-Fraktion stehe voll hinter dem Antrag des Gemeinderates und sei für EINTRETEN.

**Armin Bieri**, SP/EVP-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion ebenfalls EINTRETEN.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, hält das Projekt ebenfalls für sehr sinnvoll. In diesem Zusammenhang erinnert er daran, dass der freiwerdende "Elefantenacker" als Bauland genutzt werden könne. Die geplante Förderung des Kantons begrüesse er, gleichzeitig hofft er, dass man auch tatsächlich die Fördergelder gesprochen bekomme. Seine Fraktion unterstütze das Projekt und ist klar für EINTRETEN.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, erklärt für seine Fraktion ebenfalls EINTRETEN.

#### DETAILBERATUNG

Keine Wortmeldungen

#### ANTRÄGE

Die Verkehrs- und Planungskommission verweist in ihrem Bericht auf die Anträge des Gemeinderates.

Von **Armin Bieri**, SP/EVP-Fraktion, wird folgender Antrag vorgelegt:

Der Antrag 6.1 des Gemeinderates für die Bewilligung eines Objektkredites von CHF 4'500'000.-- wird um CHF 100'000.-- aufgestockt. Mit dem Geld soll eine Unterkellerung des Clubhauses finanziert werden. Die Einwohnergemeinde ist Besitzer des Untergeschosses bis zur Oberkante rohe Decke.

**Armin Bieri**, SP/EVP-Fraktion, begründet diesen Antrag damit, dass die anfängliche Unterkellerung wesentlich billiger zu stehen komme, als ein späterer Umbau. Es gehe um die Unterkellerung im Rohausbau. Damit könne zusätzlicher Stauraum geschaffen werden. Eventuell könne auch der FC Allschwil diese Räumlichkeiten nutzen. Eine Nutzungsdefinition müsse zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht festgelegt werden. Die Kosten von ca. CHF 100'000.-- seien gut eruiert worden. Mit der Unterkellerung könne die Nachhaltigkeit der Anlage erhöht werden. Die Mehrkosten seien vertretbar. Diese Ergänzung sei sinnvoll.

**Roman Meury**, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, gibt zu bedenken, dass nicht klar definiert sei, was mit den CHF 100'000.-- tatsächlich realisiert werden könne. Unklar sei zum Beispiel die Art der Erschliessung des Kellers (Treppenhaus, Ausseneingang, Rampe), oder auch die Grösse des Kellers. Frage sei auch, wer die Kellerräumlichkeiten nutzen solle. Grundsätzlich bestehe unter den Tribünen genügend Stauraum zur Verfügung (1/4 noch ungenutzt). Ausserdem könne die Nutzung der Räumlichkeiten durch verschiedene Personen das gesamte Betriebskonzept erschweren. Es gehe hier um Sicherheitsfragen, Haftungsprobleme etc. Da der Antrag auch für ihn überraschend komme, sei es ihm nicht möglich gewesen, genauere Abklärungen zu treffen. Der Einwohnerrat müsse sich gut überlegen, ob er weitere CHF 100'000.-- für ein ungewisses Projekt sprechen wolle.

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, ist ebenfalls der Ansicht, dass hier etwas vorschnell gehandelt werde. Die Bedürfnisse seien offenbar nicht genügend abgeklärt worden, Gedanken über ein Betriebskonzept lägen auch nicht vor. Seine Fraktion tendiere auch auf Ablehnung des Antrags. Eventuell könne der Gemeinderat mit einem Nachtragskredit kommen, wenn sich aus der Detailplanung die Bedürftigkeit einer solchen Unterkellerung ergebe.

**Christoph Morat**, SP/EVP-Fraktion, spricht für die Unterkellerung des Gebäudes. Es würden immer wieder fehlende Vereinsräumlichkeiten bemängelt. Der Einwohnerrat solle Mut zeigen und die Chance nutzen, bereits von Anfang an einen Keller zu planen. Nachträglich könne dies nicht mehr realisiert werden. Er möchte den Antrag präzisieren: In den CHF 100'000.-- sei ein Ausseneingang mit eingerechnet. Der Raum könnte dazu genutzt werden, die zum Unterhalt der Spielflächen notwendigen Maschinen zu deponieren, ebenso Material anderer Vereine oder Aussenmobiliar. Die Aufbewahrung im Freien berge die Gefahr von Zerstörung durch



Vandalismus oder Verwitterung. In den Kosten von CHF 100'000.-- sei kein weiterer Ausbau eingerechnet, lediglich die Bodenplatte, Aussenwände allenfalls notwendige Stützen. Man solle sich die Gelegenheit einer Unterkellerung nicht entgehen lassen, wenn man ein neues Gebäude erstellt. Er warnt davor, dass man später eingestehen müsse, man habe sich verplant und die Notwendigkeit eines Kellers nicht erkannt. In der Volksvorlage könne man auch gut den Gegenwert der CHF 100'000.-- darlegen.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, ist erstaunt über die SP/EVP-Fraktion. Die SP/EVP-Vertreter hätten diese Idee doch schon in der Kommission oder via Vertreter des FC Allschwil einbringen können. Die Vorlage sei gut durchdacht. Wenn die Unterkellerung wirklich ein Bedürfnis gewesen wäre, hätten die Verantwortlichen diesen Vorschlag in der Vorlage eingebracht. So eine Idee solle man früher bringen. Ausserdem sollten die Kosten in Grenzen gehalten werden. Aus diesem Grunde könne die SD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

**Felix Keller**, CVP-Fraktion, hält auch dafür, dass ein solcher Vorschlag in der VPK hätte eingebracht werden sollen. Er sieht allenfalls eine Rückweisung des Geschäftes an die VPK zur Überprüfung hinsichtlich des Kellergeschosses. Heute solle man nicht einfach über zusätzliche CHF 100'000.-- entscheiden. Im Vorfeld sei ein Anforderungsprofil ohne Unterkellerung erstellt worden. Er könne diesen Antrag nicht unterstützen.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, will die Vorlage und das Konzept als solches nicht kritisieren. Die Idee der Unterkellerung sei erst nach Beendigung des Projektwettbewerbes in diversen Gesprächen gekommen. Die Nutzung des Bodens mittels Keller sei nachhaltig und effizient. Das Argument der unkontrollierten Benützung durch verschiedene Personen greife für ihn nicht.

**Roman Meury**, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, ist nach wie vor der Ansicht, dass dem Sicherheitsaspekt die entsprechende Beachtung geschenkt werden sollte. Es sei wichtig, die Benützung der Örtlichkeiten durch fremde Personen möglichst gering zu halten. Gerade im Umfeld von Jugendlichen sei die Gemeinde gefordert, ihrer Verantwortung nachzukommen. Weiter ergänzt er zum Votum von Christoph Morat, dass genügend Stauraum für Maschinen und Spielgeräte unter der Tribüne vorhanden ist.

**Eugen Neeser**, FDP-Fraktion, erstaunt es ebenfalls, dass der Antrag erst jetzt kommt. Es sei keine Bedürfnisabklärung erfolgt. Er wehre sich nicht gegen eine Unterkellerung per se, verlange aber eine genauere Vorlage. Er werde sich im Fall eines Nachtragskredites nicht dagegen stellen. Er hofft, dass seine Fraktionskollegen ebenso wie er im jetzigen Zeitpunkt den Antrag ablehnen, einem gut begründeten Nachtragskredit aber zustimmen werden.

**Peter Hauser**, SVP-Fraktion, möchte gerne die Vertreter des FC Allschwil fragen, ob diese eine Unterkellerung benötigen oder nicht. Ausserdem hält er die budgetierten CHF 100'000.-- für sehr knapp bemessen. Er glaube nicht, dass mit diesem Geld ein Keller von 170 m<sup>2</sup> gebaut werden könne. Seine Fraktion könne dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen.

**Dr. Ivo Corvini**, Ratspräsident, erläutert, dass der Antrag so nicht abstimmungsfähig sei. Die Kreditsumme müsse genau beziffert sein, weshalb er vorschlägt, den Antrag von Armin Bieri dahingehend umzuformulieren, dass ein Kredit von CHF 4'600'000.-- dem gemeinderätlichen Antrag von CHF 4'500'000.-- gegenübergestellt werde.

Das Plenum stimmt über die Fassung des Antrags 6.1 ab:

Der Antrag von Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion, auf Bewilligung eines Objektkredites in Höhe von CHF 4'600'000.-- für die Erstellung der Sportanlage "Im Brüel" wird dem Antrag des Gemeinderates und der Verkehrs- und Planungskommission auf Bewilligung eines Objektkredites von CHF 4'500'000.-- gegenübergestellt.

://:

Es **obsiegt der Antrag 6.1 des Gemeinderates** und der Verkehrs- und Planungskommission auf Bewilligung eines Verpflichtungskredites in Höhe von CHF 4'500'000.-- **mit 19:14 Stimmen bei 1 Enthaltung.**

Es folgt die Abstimmung über den Antrag 6.2:

6.2 Eine allfällige Baukostenteuerung (Index April 2004 = 107.6 Punkte, Basis April 1998 = 100 Punkte) **wird mit grossem Mehr genehmigt.**

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, beantragt nachfolgende Formulierung zum Beschluss zu erheben:

6.3 Vom geleisteten Infrastrukturbeitrag der UBS von CHF 1'614'000.00 im Rahmen des Quartierplanes Sandweg wird Kenntnis genommen. Der Infrastrukturbeitrag wird für die Realisierung der "Sportanlagen im Brüel" eingesetzt.

Er macht geltend, dass der Infrastrukturbeitrag, welcher von der UBS im Zusammenhang mit der Überbauung "Sandweg" geleistet wurde, für die Erstellung der Sportanlage verwendet werden solle. Dies sei immer die Absicht gewesen. Aus diesem Grunde solle man einen entsprechenden verpflichtenden Passus zum Beschluss erheben. Damit könne man gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern klar belegen, dass die effektiven Kosten, trotz eines Bruttokredites von CHF 4'500'000.-- deutlich geringer ausfallen werden. Ausserdem sei so die Kostenstruktur deutlich transparenter.

**Thomas Pfaff**, SP/EVP-Fraktion, legt Wert auf die Feststellung, dass damit der bestehende Punkt 6.3 nicht ersetzt werde, sondern lediglich eine Einfügung erfolge und sich die Nummerierung entsprechend anpasse.

://:

Der Antrag von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend Punkt 6.3 : Vom geleisteten Infrastrukturbeitrag der UBS von CHF 1'614'000.00 im Rahmen des Quartierplanes Sandweg wird Kenntnis genommen. Der Infrastrukturbeitrag wird für die Realisierung der "Sportanlagen im Brüel" eingesetzt, wird **mit grossem Mehr gutgeheissen.**

Die nachfolgenden Anträge werden jeweils **mit grossen Mehr gutgeheissen:**

://:

6.4 Der Gemeinderat wird beauftragt, für die Begleitung der Projektierungs- und Ausführungsarbeiten eine begleitende Baukommission zu wählen und einzusetzen.

6.5 Gemäss § 12 Abs. 1 lit. g der Gemeindeordnung Allschwil unterliegen die Beschlüsse des Einwohnerrates gemäss Ziffern 1 und 2 hiervor dem obligatorischen Referendum (§ 120 Gemeindegesetz).

6.6 Der Gemeinderat wird mit der Durchführung der Volksabstimmung beauftragt.

://:

Es erfolgt die Schlussabstimmung:

Die vorgenannten Anträge 6.1. bis 6.6 werden **einstimmig gutgeheissen.**

PAUSE

62 01.040 Gemeinderat

### **INFOFENSTER des Gemeinderates**

---

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, teilt mit, dass mit Sitzung vom 16.03.2005 die Neukonstituierung des Gemeinderates aufgrund des Rücktritts von Gemeinderätin Bea Fuchs per 30.04.2005 und der Neuwahl von Heinz Giger erfolgt sei. Heinz Giger werde das Departement "Bildung/ Erziehung/Kultur" seiner Vorgängerin übernehmen. Ebenso werde er alle Funktionen und Einsitze in Kommissionen und Behörden beibehalten, die auch seine Vorgängerin inne hatte. Ebenso werde er als Stellvertreter des Gemeinderates Arnold Julier für das Departement Soziale Dienste amten.

63 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal  
11.100 Raumplanung/Zonenplanung

### **3. Bericht des Gemeinderates vom 09.06.2004 und der Kommission für Verkehrs- und Raumplanung vom 29.11.2004 betreffend Revision Zonenreglement und Zonenplan "Dorfkern" 2. Lesung Geschäft 2145 A/B**

---

Es folgt die 2. Lesung zum revidierten Dorfkernelement.

Zum Reglement "Dorfkern": keine Wortmeldung

Zum Teilzonenplan "Dorfkern":

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, präsentiert zwei Anträge:

#### Antrag 1:

Das Bärengebäude sei aus dem Dorfkernelement herauszunehmen.

#### Begründung:

Das heutige Aussehen des Bären entspricht nicht der Dorfkernelementidee. Sollte das Gebäude im Dorfkernelement verbleiben ist mit einem Abriss und neuen Aufbau nicht zu rechnen, denn in einem solchen Fall dürften die Besitzer nur noch 2 Vollgeschosse hoch bauen. Ist der Bären nicht im Dorfkernelement, so könnte bei einem Neubau eine angemessenere Gestaltung und Nutzung erwirkt werden.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, führt weiter aus, dass man Kontakt mit den Hausbesitzern aufgenommen hätte. Diese würden es begrüßen, wenn der "Bären" nicht im Dorfkernelement zu liegen käme. Man solle auch bedenken, dass gegenüber des "Bären" in der Binningerstrasse ebenfalls eine mehrstöckige Überbauung bestehe. In dieser Form könnte man auf dem zur Diskussion stehenden Grundstück ein neues Gebäude erstellen. Diese ergebe einen schönen Abschluss der Binningerstrasse zur Baslerstrasse.

#### Antrag 2:

Es sei das Areal hinter dem bestehenden Coop-Gebäude (heutiger Parkplatz) aus dem Dorfkernelement herauszunehmen.

#### Begründung:

Dadurch bestünde die Möglichkeit, bei Bedarf in einer vernünftigen Weise eine Ladengrösse zu realisieren.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, führt hierzu aus, dass es um eine sinnvolle Möglichkeit gehe, im Bedarfsfall die Ladenfläche zu vergrössern. Der hintere Parkplatzteil sei nämlich nicht vom

neuen Dorfkernperimeterplan erfasst. Man müsse hierbei auch bedenken, dass dieser Teil des Grundstücks von der Baslerstrasse aus nicht einsehbar sei.

**Roman Meury**, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, hat ein gewisses Verständnis für die Ideen des Antragstellers. Sie liessen sich in dieser beabsichtigten Art und Weise aber nicht realisieren. Es gebe einerseits das Problem, dass man die aus dem Perimeter herausgelösten Flächen einer neuen Zone zuweisen müsse. Die Frage sei dann, welche Zone in Frage komme. Die von Josua Studer beispielhaft angeführte Überbauung basiere auf einem Quartierplan. Daher sei diese Überbauung überhaupt erst möglich gewesen. Vorliegend, beim "Bären", könne aber nur die Zone WG 4 in Frage kommen, da dies die benachbarte Zone sei. WG 4 lasse nur eine Bebauungsfläche von 25% zu. Aufgrund der einzuhaltenden Bebauungsabstände sei eine sinnvolle Gebäudeform dann nicht mehr möglich. Aufgrund dieser Zonenvorschriften würde letztendlich sogar eine geringere Überbaubarkeit daraus resultieren, als das neue Dorfkernreglement vorsehe. Dies führe damit also zu einer materiellen Enteignung, wofür die Gemeinde entschädigungspflichtig werden würde. Zweitens sei bei der Situation "COOP Bären" zu bedenken, dass die alternative Wohnzone beim Bären nur die Zone WG2 sein könne. Im hinteren Teil des Parkplatzes könne man aber ein Doppeleinfamilienhaus bauen. Eine Vergrösserung des Ladengeschäftes würde kaum das gewünschte Mass von mindestens 1'000 bis 1'200 m<sup>2</sup> erreichen. Ausserdem gebe es die Quartierplanpflicht für Ladenflächen über 1'000 m<sup>2</sup>. Er bittet darum, den Anträgen nicht zuzustimmen.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, bedankt sich bei Roman Meury für die aufschlussreichen Ausführungen. Vor diesem Hintergrund zieht er beide Anträge zurück.

Keine weiteren Wortmeldungen

Detailberatung der Baulinienpläne:

- Keine weiteren Wortmeldungen

Anträge:

6.1 Die Revision der Zonenvorschriften und des Zonenplans "Dorfkern" wird gutgeheissen und dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt.

6.2 Die Perimetererweiterung im Bereich der Liegenschaften Mühligässli 10, Oberwilerstrasse 35, 37, 39, 41 und 43 sowie Rebgässli 10 wird gutgeheissen und dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt.

6.3 Die Mutation der Baulinienpläne "Baslerstrasse 39, Dorfplatz 2, Dorfplatz 8, Neuweilerstrasse 2a, Oberwilerstr. 13, Rebgässli 1 und 4" wird gutgeheissen und dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt.

6.4 Die Motion Nr. 2145 von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Die einzelnen Anträge werden jeweils **mit grossem Mehr gutgeheissen**.

Die Anträge der Verkehrs- und Planungskommission (Änderungen/Einfügungen **fett**) wurden anlässlich der ersten Lesung gutgeheissen. Diese lauten wie folgt:

§ 9 Lukarnen/Dacheinschnitte/Sonnenkollektoren/Dachflächenfenster

Die Lukarnen müssen mit den darunterliegenden Fassaden und dem Dach harmonieren. Als Bedachungsform der Lukarnen bei bestehenden Bauten sind Sattel-, Schlepp-, Walm- oder

Krüppelwalmdächer gestattet. Bei Neubauten **der Zone BN2** sind abweichende Formen gestattet.

#### § 26 Ausnahmen

Der Gemeinderat kann gegenüber diesem Reglement und dem Teilzonenplan "Dorfkern" Ausnahmen gemäss § 7 RBV beantragen, **sofern sie den Charakter der angestrebten Bauweise und die historischen Bauformen nicht beeinträchtigen**, wenn die Bewilligungskompetenz beim Kanton Basel-Landschaft liegt.

#### § 26 "Ausnahmen"

##### **Absatz 3 (neu)**

**Abweichungen vom Standort der im Plan eingezeichneten Bäume müssen dem Gemeinderat zur Bewilligung vorgelegt werden.**

#### Es folgt die Schlussabstimmung:

://:

Dem teilrevidierten Zonenreglement "Dorfkern" und dem dazugehörigen Zonenplan wird gemäss obigen Anträgen **mit 30:2 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.**

64	01.001	Reglemente/Rechtserlasse, kommunal
	01.032.004	Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente
	01.070	Personal
	01.080	Behörden- und Personalrechte

#### **4. Bericht des Gemeinderates vom 10.03.2004 und Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente vom 25.02.2005 betr. Teilrevision des Personal- und Besoldungsreglements (Motion 3435 vom 29.04.2003, von Eugen Neeser, FDP-Fraktion) 1. Lesung            Geschäft 3435 A/B**

---

**Jürg Gass**, Präsident der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente, erläutert die Teilrevision. Er weist darauf hin, dass die ursprüngliche Motion von Eugen Neeser, FDP-Fraktion, eigentlich nur eine Angleichung der Kündigungsvorschriften an die kantonale Praxis beabsichtigt habe. Zielsetzung sei gewesen, die noch herrschende faktische "Unkündbarkeit" der öffentlich-rechtlich Angestellten im Sinne einer effizienten Stellenbewirtschaftung zu modernisieren. Es sollte damit die Möglichkeit eingeräumt werden, die Kündigung dann auszusprechen, wenn den Angestellten bei Wegfall des Arbeitsplatzes kein neuer adäquater Arbeitsplatz angeboten werden könne. Diese Regelung sei zeitgemäss. Im modernen Personalmanagement könne es nicht mehr angehen, Personal ohne ausgewiesenen Bedarf weiterbeschäftigen zu müssen. Die Arbeitnehmerschaft habe diese Neuregelung akzeptiert, gleichzeitig aber verlangt, dass man auch im Bereich der Lohnfortzahlung bei Krankheit eine Angleichung an die kantonale Regelung vornehme. So sei es zu dieser etwas umfangreicheren Teilrevision gekommen. Dies sei eine Besserstellung der Angestellten. Damit sei diese Teilrevision auch in der Kommission einstimmig begrüsst worden. Es sei nicht damit zu rechnen, dass nun in der Verwaltung vermehrt Kündigungen ausgesprochen würden. Die neue Kündigungsregelung sei vor allem für einige wenige Spezialfunktionen praktikabel, sofern sich keine adäquate andere Arbeitsstelle anbieten liesse. Die Kommission bittet den Einwohnerrat den Anträgen des Gemeinderates zu folgen.

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, führt dazu aus, dass die Gemeinde eine verantwortungsvolle Arbeitgeberin sei. Daran werde sich auch mit der Teilrevision nichts ändern. Es gehe aber um die Konsequenz in der Verwaltungsführung im Hinblick auf die Einführung des New Public Managements (ALLWO) und der Leistungsberichte. Es gehe um

das Kosten/Nutzen-Verhältnis der Verwaltungsarbeit. Mit den Leistungspostulaten werde die Möglichkeit eingeräumt, gewisse Leistungen nicht mehr anzubieten. In den meisten Fällen habe dies selbstverständlich auch personelle Konsequenzen. Daher müsse diese Kündigungsmöglichkeit gegeben sein, um allfällige Aufträge des Einwohnerrates konsequent umsetzen zu können. Nach wie vor wird man natürlich bestrebt sein, sozialverträgliche Lösungen zu finden. Diese Regelung habe sich im kantonalen Personalrecht bereits seit langem bewährt. Weiter würden die Angestellten im Bereich der Lohnfortzahlungspflicht bedeutend besser gestellt als bisher. Die bisherige Abstufung der Dauer der Lohnfortzahlung nach Dienstjahren entfällt weitgehend. Er bittet den Einwohnerrat um Zustimmung zur Teilrevision des Personal- und Besoldungsreglements.

EINTRETEN ist unbestritten.

## DETAILBERATUNG

Keine Wortmeldungen

Die erste Lesung der Teilrevision ist damit beendet.

65      12.520      Gewässer; Betrieblicher Unterhalt  
13                Umwelt

**5. Interpellation von Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion und  
Peter Hauser, SVP-Fraktion, vom 15.09.2004  
betreffend Wasserqualität im Mühlebach  
und schriftliche Beantwortung des GR vom 12.01.2005  
Geschäft 3553/A**

---

**Dr. Ivo Corvini**, Präsident, weist darauf hin, dass die Interpellation schriftlich beantwortet wurde, aber der Gemeinderat signalisiert habe, auch noch mündliche Ausführungen dazu zu machen.

**Paul Schüpbach**, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, erläutert, dass man aus aktuellem Anlass die Interpellation schriftlich beantwortet habe (Stichwort: Greenpeace-Aktion "Le Letten"). Die Wasserqualität werde durch die zuständige Stelle, AUE (Amt für Umwelt und Energie) des Kantons Basel-Landschaft, überprüft (2 bis max. 4x pro Jahr). Etwa alle vier Jahre würden dann zu diesen Testergebnissen Aussagen durch das AUE gemacht. Durch die wechselnden Wetterlagen sei nicht immer der gleiche Wasserstand vorhanden. Dies führe dazu, dass maximal vier Messungen nicht sehr aussagekräftig seien. Die Schadstoffkonzentrationen würden dadurch stark schwanken. Die Gemeinde nehme keine eigene Wasseranalyse vor. Diese würden jeweils ca. CHF 25'000.-- kosten. Die Gemeinde erhalte leider keine detaillierten Analyseergebnisse sondern lediglich die Interpretation der Messungen des AUE zugestellt. Dies sei nicht unbedingt schlecht, da die Rohdatenmenge sehr gross, komplex und kompliziert sei. Es fehle in der Regel das Fachwissen um die Rohdatenmenge zu analysieren. Eine Publikation der Zahlen würde wenig Sinn machen. Auch in Zukunft werde man lediglich das Analyseergebnis, resp. die Gefahreinschätzung, publizieren. Diese Einschätzung nehme die IG DRB (Zusammenschluss der chemischen Industriebetriebe, welche die Chemimülldeponien angelegt haben) vor. Deren Pressemitteilung heisse "Keine Gefahr für Mensch, Tier und Umwelt". Es werde in dieser Mitteilung darauf hingewiesen, dass die Giftkonzentration im Mühlebach so gering sei, dass man sogar daraus trinken könne. Der Gemeinderat sei demgegenüber kritisch eingestellt. Man habe sich gegenüber der Presse dahingehend geäußert, dass eine wiederholte Analysetätigkeit das Problem als solches nicht löse. Man könne nicht so lange zuwarten, bis die Giftstoffe ausgewaschen seien und die Analyseergebnisse besser werden. Der Gemeinderat könne dies nicht akzeptieren, er hoffe, dass endlich das Problem der Giftmülldeponien effizient angegangen werde. Die gemachten

---

Ausführungen würden sich auch auf das nächste Traktandum 6 (Postulat zur Wasserqualität, Geschäft Nr. 3412A) beziehen.

**Jürg Gass**, SP/EVP-Fraktion, ist mit der Antwort nicht wirklich zufrieden. Aber er schlägt vor, die gleiche Thematik gemeinsam mit dem Postulat betreffend Wasserqualität (Traktandum 6) zu behandeln.

66 12.520 Gewässer; Betrieblicher Unterhalt  
13 13 Umwelt

---

**6. Bericht des Gemeinderates vom 23.02.2005  
betreffend 3xjährliche Überprüfung der Wasserqualität im Mühlebach  
(Postulat 3412 vom 13.11.2002 v. Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion)  
Geschäft 3412 A**

---

**Jürg Gass**, SP/EVP-Fraktion, eröffnet als Postulant die Diskussion. Er kritisiert die Praxis des AUE, die genauen Zahlen nicht zu veröffentlichen. Hierbei komme man schnell auf die Idee, dass das AUE etwas zu verbergen habe. Es komme eben nicht auf die Wassermenge im Mühlebach an. Die Kinder würden immer im Bach spielen und seien damit immer einer gewissen Giftkonzentration ausgesetzt. Er bezweifle stark, dass das Wasser im Mühlebach Trinkwasserqualität habe. Ausserdem bezweifle er, dass eine Messung CHF 25'000.-- kosten solle. Man wisse ja schliesslich, nach welchen Stoffen man suche, daher sei eine fortlaufende Analyse, aufbauend auf vorhergehenden Messungen, sicher nicht so teuer. Die Veröffentlichung der Zahlen sei ein Akt der Transparenz, es gehe weniger darum, dass jeder diese Zahlen interpretieren könne. Es gehe mehr darum, ob man schädliche Stoffe gefunden habe oder nicht. Er halte es für wichtig, dass man nach wie vor an die Öffentlichkeit gehe. Damit liesse sich verhindern, dass die Giftmülldeponien wieder in Vergessenheit geraten. Aus diesem Grund könne er den Anträgen des Gemeinderates nicht zustimmen. Man solle auch weiterhin Messungen durchführen und die Zahlen angemessen publizieren um die Sensibilität für die Problematik nicht zu verlieren.

**Peter Hauser**, SVP-Fraktion, bedankt sich für die Ausführungen des Gemeinderates. Aber er sei von den Behörden enttäuscht. Es müsse immer zunächst jemand medienträchtig aktiv werden (Greenpeace "Le Letten") damit etwas passiere. Das Aktionskomitee "Chemiemüll weg" sei schon lange darum bemüht, dass die Deponien saniert würden. Die Messresultate des AUE könnten auch von anderen Fachleuten interpretiert werden. Es gehe auch immer darum, was man suche und was man finden wolle. Ausserdem sei die Chemie bisher kaum tätig geworden, trotz diverser Besprechungen und Ortsbegehungen mit dem Aktionskomitee. In diesem Zusammenhang klingt es fast wie Hohn, dass man im Mühlebachtal einen Staudamm und ein Biotop bauen wolle. Er bittet den Gemeinderat, bei den zuständigen Behörden Druck zu machen.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, stellt fest, dass in der schriftlichen Beantwortung der Interpellation von einer Sitzung der Naturschutzkommission und der einwohnerrätlichen Umweltkommission und einer entsprechenden Orientierung des Einwohnerrates im Januar die Rede sei. Davon habe er noch nichts gemerkt. Im Bericht zum Postulat wird ebenfalls auf eine solche Sitzung hingewiesen. Er fragt, wann nun die Sitzung stattfindet. Weiter irritiere ihn die Ankündigung im Bericht zum Postulat, dass der Gemeinderat die Herausgabe der Daten verlange, um sie von unabhängigen Experten überprüfen zu lassen. Er frage sich nun, ob gegenüber dem AUE ein starkes Misstrauen bestehe. Er interpretiere den Bericht so, dass der Gemeinderat die Zuverlässigkeit der Aussagen des AUE sehr in Frage stelle. Es sei bisher nicht gesagt worden, warum das AUE die Resultate nicht herausgebe. Er ist der Ansicht, dass das AUE sicher Alarm schlagen würde, wenn die Messergebnisse besorgniserregend seien. Er sieht die Aufgabe der Behörden eher darin, keine Panik zu verbreiten, sondern die Bevölkerung mit positiven Informationen und Fakten zu versehen. Dies jedenfalls so lange, als kein Grund zur Besorgnis vorliege. Man solle sich als Behörde auf die Daten des zuständigen Amtes abstützen.

**Christoph Morat**, SP-Fraktion, stört sich daran, dass man sogar Chlorverbindungen feststelle und dennoch behaupte der Mühlebach führe Wasser in Trinkwasserqualität. Er glaube auch nicht, dass eine Analyse CHF 25'000 kosten solle. Chlorverbindungen hätten im Trinkwasser nichts verloren.

Nach **Bruno Steiger**, SD-Fraktion, müsse man sich auch die Frage nach den Urhebern der Situation stellen. Es seien nicht nur die Basler Chemiebetriebe sondern auch die Elsässer Gemeinden, welche aus reiner Profitgier die Deponien zugelassen hätten. Er frage, wieviel Geld die Elsässer Gemeinden damals für die Einrichtung der Chemiemülldeponien erhalten hätten. Ausserdem sollten diese Gemeinden auch ihren Anteil an die Sanierungskosten zahlen.

**Paul Schüpbach**, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, informiert darüber, dass die angekündigte Sitzung morgen abend, 17.03.2005, stattfinden werde. Dazu sei die Umweltkommission und die Naturschutzkommission eingeladen. Mittlerweile habe man die entsprechenden Unterlagen bereitgestellt. Dies sei ein Ordner von rund 360 Seiten. Die Zielsetzung sei, dass man alle Informationen die man habe, veröffentliche. Die einwohnerrätliche Kommission werde dann einen Bericht verfassen und dem Einwohnerrat vorlegen. Zu den verfügbaren Messdaten sei zu sagen, dass drei oder vier verschiedene Messinstitutionen unabhängig voneinander die Wasserqualität überprüfen würden. Nachgewiesenermassen würden die Ergebnisse voneinander abweichen. Es bestehe daher in der Tat ein gewisses Misstrauen gegenüber dem AUE. Es sei schade, dass das AUE immer weiter messe, ohne anhand der bestehenden Daten eine Risikoanalyse zu erstellen. Es sei auch der Grund der gemeinsamen Sitzung eine Risikoanalyse zu machen. Der eidgenössische Umweltschützer, Herr Roque, habe einmal gesagt, dass eine Deponie dann saniert werden müsse, wenn sie auslaufe. Der Gemeinderat schliesse sich dem an, er möchte, dass endlich saniert werde. Auf das Votum von Bruno Steiger, SD-Fraktion, erwähnt er, dass das Verursacherprinzip zur Anwendung komme. Hier stünden in erster Linie die Chemiebetriebe in der Verantwortung. Aus diesem Grunde hätten diese ja auch die IG DRB gegründet. Damals seien die Abfälle diversen Transportunternehmen verkauft worden, welche dann für die Entsorgung verantwortlich gewesen wären. Die Elsässer Gemeinden hätten, laut eigener Aussage, kein Geld bekommen, sondern lediglich die Grundeigentümer. Im Falle von "Roemisloch" sei dies zu 30% die Gemeinde Oberwil gewesen. Dies sei der jetzige Wissensstand.

Für **Eugen Neeser**, FDP-Fraktion, fehlt im Bericht des AUE eine Aussage darüber, wie sich die Messwerte in den letzten Jahren verändert hätten. Er bittet Paul Schüpbach dahingehend beim AUE eine Anfrage zu lancieren. Dies könne Aufschluss über die künftige Entwicklung geben.

**Claude Rothen**, SP/EVP-Fraktion, hält es in jedem Fall für bedenklich, wenn Benzole und Chlorverbindungen im Wasser vorhanden sind. Immerhin spielen an dem Gewässer Kinder. Man müsse in jedem Fall mit allem Nachdruck die Sanierung der Deponie fordern. Er dankt Paul Schüpbach für den Einsatz, dass die Messdaten endlich veröffentlicht werden. Benzole und Chlorkohlenwasserstoffe seien in keinem Fall tolerabel.

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, stellt fest, dass offenbar Paul Schüpbach mit dem Gesamtgemeinderat der Meinung sei, dass das AUE die Messwerte zurückhalte, um etwas zu verbergen. Dies sei eine gewagte Aussage gegenüber einer kantonalen Amtsstelle. Er frage explizit, ob es die Meinung des Gemeinderates Allschwil sei, dass das AUE bewusst Resultate zurückhalte, um etwas zu verbergen. Im Landrat habe es immer wieder Anfragen zu dieser Thematik gegeben, dort sei man immer über die Messdaten informiert worden.

**Paul Schüpbach**, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, antwortet, Herr Isenburg, Vorsteher des AUE, habe in den letzten drei bis vier Jahren sehr pointiert Stellung dazu genommen, dass die Deponie saniert werden müsse. Es sei die Auffassung des Gemeinderates, Druck beim Kanton auszuüben, damit endlich gehandelt und nicht weiter nur gemessen und analysiert werde.



**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, gibt sich mit dieser Antwort nicht zufrieden.

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident, stellt fest, dass der Gesamtgemeinderat die Entwicklung mit grossem Interesse verfolge. Letztlich sei es egal, welche giftigen Stoffe in den Deponien lagern. Das Gift müsse in jedem Fall weg. Man solle sich nicht hinter Zahlen verstecken. Der Gesamtgemeinderat unterstützt die Aussage nicht, das AUE würde bewusst Ergebnisse oder Zahlen zurückhalten. Es sei aber in der Tat nicht vertrauenerweckend, wenn man sich bei Aussagen, auch im Landrat, auf Zahlen stütze, diese aber nicht veröffentliche. In diesem Sinne sei auch die Aussage von Gemeinderat Paul Schüpbach zu verstehen. Es sei nicht behauptet worden, das AUE lüge.

**Peter Hauser**, SVP-Fraktion, gibt dem Gemeinderat Paul Schüpbach recht. Er frage sich, warum das AUE die Zahlen nicht herausgebe, wenn es nichts zu verbergen gebe.

**Kurt Kneier**, CVP-Fraktion, stimmt dem Votum von Dr. Anton Lauber zu. Es gehe auch ihm einzig darum, dass der Giftmüll wegkomme. Die Zusammensetzung des Giftmülls sei ihm völlig egal. Es sei unverständlich, dass man auf der einen Seite als Bürger für viele Sachen aus der Apotheke einen Giftschein ausfüllen müsse, auf der anderen Seite aber seit Jahren Giftmüll ungesichert in den Deponien lagert. Er fordere ebenfalls die sofortige Sanierung.

Es folgt die Abstimmung über die Anträge des Gemeinderates

://:

- a) Der Einwohnerrat nimmt von der obigen Darstellung und dem beschriebenen Vorgehen Kenntnis.
- b) Auf zusätzliche von der Gemeinde veranlasste Messungen wird aus den beschriebenen Gründen verzichtet.
- c) Nach erfolgter Orientierungssitzung der Umwelt- und der Naturschutzkommission orientiert die Umweltkommission den Einwohnerrat über die Ereignisse der Gewässerüberwachung
- d) Der Gemeinderat sorgt nach erfolgter Orientierungssitzung für die kommentierte Veröffentlichung der Messergebnisse.

Die Anträge werden jeweils **mit 20:10 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt**.

Es wird mit grossem Mehr beschlossen, dass das Postulat Nr. 3412 **nicht abgeschrieben** wird.

**Dr. Ivo Corvini**, Präsident, beendet die Sitzung.